

Banken(-überwachung) am Pranger: Inkompetenz, Betrug oder systemische Krise?

Von Politikern und Bankvorständen werden exakt jene Fehler wiederholt, welche in den Dreißigerjahren in die Weltwirtschaftskrise und in den Achtzigerjahren zum Savings-&Loans-Debakel in den USA geführt haben – welchen Gründen ist dies zuzuschreiben?

*Prof. Dr. Herbert R. Haeseler und Prof. Dr. Franz Hörmann *)*

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zielsetzung
2. Funktionen von Kreditinstituten (Geschäftsbanken)
 - 2.1. Grundgedanken
 - 2.2. Offizielle Funktionen (erbrachte Dienstleistungen)
 - 2.2.1. Transformationsmodell
 - 2.2.2. Funktionsweise und volkswirtschaftlicher Nutzen
 - 2.2.3. Risikomanagement: Kommunikation und Kontrolle
 - 2.3. Inoffizielle Funktionen (Gewinnabsicht der Eigentümer)
 - 2.4. Zur faktischen Unmöglichkeit des privatwirtschaftlichen Bankwesens
 - 2.4.1. Legende vom volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen der Kreditinstitute
 - 2.4.2. Zur Unlogik des Mindestreservesystems
 - 2.4.3. Gefahr des dramatischen Einlagenentzugs
 - 2.4.4. Transformation des Geschäftsmodells mittels elektronischer Medien
 - 2.4.5. Kreditkartenunternehmen als Geldschöpfer
 - 2.5. Zum Betrugsmodell privatwirtschaftlicher Banken
 - 2.6. Die Krise des Bankensystems als Krise von (einzelnen) Banken
 - 2.6.1. Konzeptionelle Krisenursachen
 - 2.6.2. Umfeld und Ausgangslage der „Rettung“ der Hypo Real Estate (HRE)
 - 2.6.3. Legende von der Unvorhersehbarkeit des Bankenzusammenbruchs
 - 2.6.4. Fragen nach der Verantwortung
 - 2.6.5. Ein „Sittenbild“ der deutschen Bankenaufsicht

*) ao. Univ. Prof. Dr. *Herbert R. Haeseler*, StB, Wirtschaftsuniversität Wien und Universität Graz, ao. Univ.-Prof. Dr. *Franz Hörmann*, Wirtschaftsuniversität Wien und Universität Linz.

- 2.6.6. Fehlende Krisenplanung als Katastrophenbeschleuniger
- 2.6.7. Legende von der Nachhaltigkeit der „Bankenrettung“
- 2.6.8. Betrug als möglicher Krisenauslöser
- 2.6.9. „Schwarze Schafe“ versus systemischer Massenbetrug
- 2.6.10. Persönlichkeitsdefekte und Charakterdefizite als Krisenursache
- 2.6.11. Diversifikation als fehlleitende Pseudo-Strategie
- 2.6.12. Das zeitlose Versagen der Wirtschaftsprüfer (in Deutschland)
- 2.6.13. Das zeitlose Versagen der Wirtschaftsprüfer (international)
- 2.6.14. Der Zusammenbruch der Rechnungslegungssysteme
- 3. Performance von Banken
 - 3.1. Analyse und Steuerung im numerischen Irrgarten
 - 3.2. Maßstäbe und Zielgrößen zur Performancemessung offizieller Funktionen
 - 3.3. Maßstäbe und Zielgrößen zur Performancemessung inoffizieller Funktionen
- 4. Alternative Ansätze
 - 4.1. Staatsbanken ohne Schuld und Steuern
 - 4.2. Demokratisches Vollgeld
 - 4.3. Die längst überfällige Trennung von Produktion und Einkommen
- 5. Fazit und Ausblick

Abstract

Geld- und Bankensystem der sog. freien Marktwirtschaften entstammen dem ausgehenden Mittelalter und wurden seit damals konzeptionell auch nicht verändert. Die gesellschaftlichen Eliten, welche ihre Machtstellung im wesentlichen genau diesen Mechanismen verdanken, haben in den vergangenen Jahrhunderten bzw. Jahrzehnten erfolgreich verhindert, dass die mangelnde Funktionsfähigkeit dieser Systeme allgemein bekannt wird. Nunmehr steht jedoch der endgültige Zusammenbruch (aus streng mathematisch-/systemischen Gründen!) unmittelbar bevor, deshalb müssen schnellstens alternative gesellschaftliche Kommunikations- und Steuerungssysteme erdacht und implementiert werden, ohne zuvor noch allzuviel Zeit mit Schuldzuweisungen oder Bestrafungsaktionen zu verlieren!

1. Einleitung und Zielsetzung

Die aktuelle „Finanzkrise“ hat, wenn man nicht nur den populistischen Meldungen der Tagespresse vertraut, wohl mehrere Ursachen. Zentrale Probleme scheinen einerseits im aktuellen (Schuld-)Geldsystem und andererseits in den Methoden der „finanziellen Bewertung“ zu wurzeln. Von beiden sind daher auch die Banken ganz fundamental betroffen.

In der nachfolgenden Abhandlung sollen daher die wichtigsten Grundprobleme, aktuellen Entwicklungen aber auch in den „freien Marktwirtschaften“ üblicherweise tabuisierten Fakten dieser Branche offen ausgesprochen und vorurteilsfrei analysiert werden. Nur bei möglichst umfassender und nicht partikular-interessengeleiteter Information wird es auch den politischen Führungen dieser Volkswirtschaften möglich sein, die noch vor uns liegenden Herausforderungen im Interesse der jeweiligen gesamten Bevölkerung bestmöglich zu bewältigen!

2. Funktionen von Kreditinstituten (Geschäftsbanken)

2.1. Grundgedanken

Geschäftsbanken sollen einerseits ersparte Mittel entgegennehmen und bestmöglich veranlagen, andererseits „die Wirtschaft“ mit der erforderlichen Liquidität (idR als Fremdkapital) versorgen, wobei zugleich auch die Sicherheit der zukünftigen Rückzahlung der entsprechenden Beträge gewährleistet werden sollte. Da Geschäftsbanken jedoch in der „freien Marktwirtschaft“ selbst wieder mit Gewinn betrieben werden, sollten die Funktionen dieser Institutionen sinnvollerweise in solche offizieller und andere inoffizieller (nämlich eigennütziger) Art untergliedert werden.

2.2. *Offizielle Funktionen (erbrachte Dienstleistungen)*

2.2.1. *Transformationsmodell*

Das bankbetriebliche Uralt-Modell, welches nicht nur Jahrzehnte lang sondern sogar Jahrhunderte hindurch mit mehr oder weniger großem Erfolg praktiziert wurde, konkretisiert sich in der Transformation von (Primär-)Einlagen (= Einlagen einer großen Menge von Sparern) in Ausleihungen verschiedenster Art (insbes. Kredite), weshalb oft auch vom sog. Transformations-Modell gesprochen wurde.

Was die Transformation betrifft, galt und gilt es mehrere kaufmännisch wichtige Ansprüche zu erfüllen, insbes. die weitgehende Wahrung der sog. Fristenkongruenz, also einer ausreichenden Übereinstimmung der Fristen bzw. Restlaufzeiten der passivischen und aktivischen Positionen. Neben der Fristenkongruenz sollten aber auch andere wichtige Gesichtspunkte erfüllt werden, nämlich eine taugliche Risiken-Balance, insbes. die Realisierung klarer Risikoprofile, namentlich im Hinblick auf die Bonitäten der einzelnen Kreditschuldner sowie der wichtigsten Schuldnergruppen.

2.2.2. *Funktionsweise und volkswirtschaftlicher Nutzen*

Die Entgegennahme und Zurverfügungstellung von Geldern ist in einer arbeitsteiligen, auf Individualtausch (archaisches Warengeldsystem) beruhenden, Wirtschaft unverzichtbar und stellt damit einen zentralen Teil der erforderlichen Infrastruktur einer Volkswirtschaft dar. Personen, welchen es innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht möglich ist, die zugeflossenen Geldmittel unmittelbar zu (re-)investieren oder zu konsumieren, profitieren von der Bank als (Geld-)Zwischenhändler.

Die Leihgebühr (Zinsen) wird hierbei auf den Kreditnehmer überwält, wobei auch noch eine Kosten- und Gewinnspanne des Zwischenhändlers (Bank) zugeschlagen wird. Stimmen die Fristen der Verleihung und Ausleihe nicht vollständig überein, so ist es Aufgabe der Bank (abermals gegen Kostenersatz und Gewinn), diese zeitlichen Differenzen zu überbrücken (sog. Fristentransformation). Die Sicherstellung der Rückzahlung erfolgt seitens der Bank einerseits über sog. Bonitätsprüfungen andererseits durch dingliche Rechte wie etwa Sicherungsübereignungen.

Neben dem „Geldflussmanagement“ einer Volkswirtschaft betätigen sich Banken regelmäßig auch im Wertpapierhandel. Um diese Funktion zur Zufriedenheit der Kunden korrekt und zuverlässig ausführen zu können, ist zunächst ein ausreichendes Verständnis der Natur eines „Wertpapiers“ elementare Voraussetzung. Dazu zählt insbesondere auch das sog. Risikomanagement.

2.2.3. *Risikomanagement: Kommunikation und Kontrolle*

Im Zusammenhang mit an den Kapitalmärkten gehandelten Anlagen, Aktien, Zwitterwertpapieren und nicht zuletzt zinstragende Effekten, wird von entsprechend ausgebildeten Fachleuten regelmäßig der Begriff des „Risikos“ verwendet. Bezeichnung

gen wie „Risikomanagement“ oder „Risikomanager“ bzw. „Risikobegrenzung“ erzeugen dann im täglichen Geschäftsumfeld ein tiefes Vertrauen der Kunden, da diese intuitiv davon ausgehen, die Bankmitarbeiter wüßten auch, wovon sie sprechen. Leider scheint dies aber nicht immer der Fall zu sein! Der Begriff „Risiko“ resultierte aus der Verwendung empirisch statistischer Methoden. Diese können aber nur dann sinnvoll zum Einsatz gelangen, wenn in einer Grundgesamtheit eine konkrete (z.B. Normal-)Verteilung existiert und man darauf vertrauen kann, dass sich diese Verteilung auch in der Zukunft noch in der Grundgesamtheit auffinden läßt (sog. ceteris paribus-Prämisse). Kann von zumindest einigermaßen stabilen zukünftigen Verteilungen in der relevanten Grundgesamtheit jedoch nicht ausgegangen werden, so verbietet es sich, wissenschaftlich genau genommen, sogar den Begriff „Risiko“ in diesem Kontext zu verwenden! **Der dann zutreffende Begriff lautet „Ungewissheit“!**

In einer Situation unter Ungewissheit lassen sich zwar grundsätzlich die möglichen Zukunftsentwicklungen angeben, nicht hingegen deren Eintrittswahrscheinlichkeiten. In der Wirtschaftspraxis jedoch ist es um die Zukunftsinformationen regelmäßig noch viel schlimmer bestellt. In realistischen Entscheidungssituationen sind nämlich stets auch die möglichen Zukunftsentwicklungen großteils unbekannt, **d.h. es handelt sich nicht nur um Ungewissheit, sondern sogar um unvollständige Information.** Wie unter Ungewissheit bei unvollständiger Information entschieden werden soll, kann aber die Statistik ebensowenig sagen, wie die mathematische Entscheidungstheorie!

2.3. *Inoffizielle Funktionen (Gewinnabsicht der Eigentümer)*

Geschäftsbanken werden in den „freien Marktwirtschaften“ regelmäßig als Privatunternehmen, d.h. in Gewinnabsicht, geführt. Die Vermehrung von Geld in der Leihe (Zinseszinsgeschäft) setzt jedoch einerseits voraus, dass das hingegebene wie zurückverlangte Geld (welches auch die Zinsen einschließt) im Geldkreislauf überhaupt vorhanden ist. Andererseits kann dieses Geschäftsmodell nur dann funktionieren, wenn die Realwirtschaft (der Kreditnehmer) „am Markt“ zumindest einen Gewinn erzielt, welcher die Bedienung der Kreditschuld (nämlich sowohl Zinsen als auch die Rückzahlung des Fremdkapitals!) ermöglicht. Der durch diese unflexible Vertragsvariante erzwungene Wachstumsdruck auf die Realwirtschaft ist daher noch wesentlich höher als der nominelle Zinssatz, da die Kredite auch irgendwann getilgt werden müssen. (1) Ist eine Bank gezwungen, für die Eigentümer Gewinne zu erwirtschaften, so können diese, wie sofort ersichtlich ist, nur auf Kosten ihrer Kunden (Sparer bzw. Kreditnehmer) erzielt werden. Banken stellen somit Umverteilungs-Institutionen dar, welche systematisch Zahlungsmittel von Privat- (Sparern) und Geschäftsleuten (Kreditnehmern) zu den Bankeigentümern (in letzter Konsequenz Privatleute, welche Bankaktien oder Aktien von Gesellschaften, welche selbst wieder Banken im Eigentum halten) transferieren.

Während der Geldfluss von der Finanz- in die Realwirtschaft, also durch Banken, immer nur kurzfristig und begrenzt stattfindet (die Kredite müssen schließlich getilgt und verzinst werden), handelt es sich beim durch Banken induzierten Geldfluss von der Real- in die Finanzwirtschaft (über die Gewinnerzielung dieser Institutionen) um einen betragsmäßig unbegrenzten und zeitlich nachhaltigen Vorgang (solange die Bank

nachhaltig Gewinne erzielt, d.h. wirtschaftlich überlebensfähig ist). Durch die sog. **Bankenrettungspakete** wird jedoch nunmehr erstmals der nachhaltige Geldfluss von der Real- in die Finanzwirtschaft (d.h. von den Eigentümern realwirtschaftlicher Unternehmen hin zu den Bankeneigentümern) unabhängig von der Erreichung formaler Gewinnziele unvermindert fortgesetzt. **Der dadurch erzwungene Liquiditätsabfluss von der Real- in die Finanzwirtschaft wird erstere voraussichtlich in absehbarer Zeit zum Kollabieren bringen.** Die heute bereits absehbaren damit verbundenen gravierenden Probleme (Massenarbeitslosigkeit und Versorgungsengpässe der Bevölkerung) sind jedenfalls geeignet auch schwerwiegende (demokratie-)politische Konsequenzen nach sich zu ziehen.

2.4. Zur faktischen Unmöglichkeit des privatwirtschaftlichen Bankwesens

2.4.1. Legende vom volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen der Kreditinstitute

Privatwirtschaftliche, also mit Gewinnabsicht betriebene Geschäftsbanken, verleihen, zumindest nach offizieller Doktrin, u.a. das Geld von Anlegern an Wirtschaftstreibende um diesen Investitionen zu ermöglichen und wirtschaftliches Wachstum zu garantieren. Das einzige Problem an dieser netten Geschichte ist nur, dass dies rein logisch überhaupt nicht möglich ist!

Dazu eine kleines Gedankenmodell: auf einer Insel mit 10 Einwohnern eröffnet eine Bank und verleiht an jede Person 10 Goldstücke für ein Jahr zu einem Zinssatz von 10%. Nach einem Jahr werden daher in Summe 110 Goldstücke fällig (als Tilgung plus Zinsen). Jedem Grundschüler müßte sofort auffallen, dass Zinsen nicht bezahlt werden können, wenn das Geld dafür überhaupt nicht existiert! Die Geldmenge beträgt ja nach wie vor nur 100 Goldstücke! Für die Einhaltung der Kreditverträge gibt es daher nur zwei Möglichkeiten: entweder eine Person geht in Konkurs und die anderen neun verwenden deren Goldstücke für ihre eigenen Zinszahlungen (diese Variante wird im Kapitalismus „gesunder wirtschaftlicher Wettbewerb“ genannt) oder aber die Bank befriedigt sich an allfälligen dinglichen Sicherheiten. In jedem Falle steht jedoch **am Ende einer Finanzierung mit Schuldgeld gegen Zinsen die gewaltsame Enteignung.**

2.4.2. Zur Unlogik des Mindestreservesystems

Ein weiteres **Problem** der privatwirtschaftlich betriebenen Geschäftsbanken stellt das sog. **Mindestreservesystem** dar: für jeden vergebenen Kredit sind nur ca. 10% echtes Geld vorhanden, die restlichen 90% werden bloß „aus reiner Luft erfunden“ (sog. fiat money). Dieses, angeblich historisch auf den **Missbrauch mittelalterlicher Goldschmiede** zurückgehende und danach gedankenlos (oder vorsätzlich!) legalisierte System, war schon 1929 Mitauslöser des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Der amerikanische Wirtschaftsprofessor Irving Fisher äußerte sich dazu bereits 1935 wie folgt: „Damit das System privater Profite reibungslos funktioniert, braucht es stabiles Geld.“

Ich bin davon überzeugt, dass das System privater Profite ohne stabiles Geld eines Tages verschwinden wird. Solange die Banken also darauf bestehen oder die Erlaubnis dazu bekommen, in ihrem 10%-System zu arbeiten, spielen sie mit dem Feuer.“ (2) Wie für Geld, das zu 90% in der Leihe überhaupt nicht existiert, jedoch der volle Betrag (der dem Wirtschaftskreislauf vom Kreditnehmer somit gewaltsam entzogen werden muss, um ihn der Bank „zurückzugeben“) dann auch noch Zinsen gezahlt und für diesen Vorgang womöglich auch noch dingliche Sicherheiten zur Verfügung gestellt werden sollten, das entzieht sich jedoch auch dem fantasievollsten Realisten!

2.4.3. Gefahr des dramatischen Einlagenentzugs

Wenn alle Einleger gleichzeitig ihr Eigentum zurückerhalten wollen, dann führt dies bekanntermaßen („Run auf die Bank“) zum Zusammenbruch einer Geschäftsbank. **Ein merkwürdiges Geschäftsmodell, das allein schon durch Rückforderung des Eigentums zusammenbrechen MUSS!**

Als zentrales Problem der Geldschöpfung (bei Geschäfts- wie Zentralbanken) muss in diesem Zusammenhang auch der Umstand betrachtet werden, **dass es** in diesem kapitalistischen System **niemandem** (also weder Geschäfts- noch Zentralbanken) **möglich ist, tatsächlich nachhaltig Liquidität zu erzeugen**. Das erzeugte Geld entsteht in jedem Falle als „Bilanzverlängerung“, d.h. einer neuen Forderung steht gegengleich eine ebensogroße Verbindlichkeit gegenüber. (3) Da jedoch die Verbindlichkeit zusätzlich auch noch verzinst wird, wird dem Geldkreislauf langfristig bei jeder „Geldschöpfung“ immer mehr Geld entzogen (nämlich um die Zinsen!) als tatsächlich zugeführt. Für die Zinsen muss hingegen im nächsten „Durchgang“ wieder eine neue Schuld eingegangen werden, welche wiederum verzinst wird etc. (4)

Wenn man in diesem Kontext auch noch bedenkt, dass sich (die Politiker der meisten) Staaten davon überzeugen ließen, sie müßten Geld von Privatleuten leihen (anstatt es einfach selbst zu erzeugen und danach unmittelbar gegen Waren und Dienstleistungen in Verkehr zu bringen, wodurch auch keine Inflationsgefahr gegeben wäre), dann wird unmittelbar einsichtig, dass „Staatsschulden“ einfach auf kollektivem (Rechts-)Irrtum beruhen und daher keinesfalls weiterhin verzinst oder gar rückgezahlt werden müssen (letzteres ist ohnehin für die größten Nationen eine Denkmöglichkeit!). (5)

2.4.4. Transformation des Geschäftsmodells mittels elektronischer Medien

Neben diesen historischen Unmöglichkeiten wird das Geldsystem heute auch noch durch „Virtualisierung“ bedroht, d.h. der zunehmende Einsatz elektronischer Echtzeitkommunikation ersetzt zunehmend die traditionellen „finanziellen Werte“ als Steuerungsinstrument. Durch die Veränderung der technologischen und regulatorischen Rahmenbedingungen wurden und werden laufend Institutionen obsolet. Diese stellen für die in ihnen agierenden Menschen jedoch Werkzeuge für Macht- und Statuserhalt dar, weshalb sie dennoch (oftmals künstlich mittels Quersubventionierung) am Leben erhalten werden. Ein klassisches Beispiel dazu stellt die Abschaffung des

Goldstandards dar, welcher bereits vor beinahe vierzig Jahren dazu führte, dass Bankensystem und Kapitalmarkt nach den traditionellen Regeln nicht mehr funktionieren konnten. (6)

Nur durch konsequente Regulierung und Kontrolle konnten die, damals noch in zwanzig-Jahresrhythmen auftretenden, Zusammenbrüche des amerikanischen Geldsystems ab 1933 schließlich etwas längerfristiger stabilisiert werden: „In those days, long before the Glass-Steagall Banking Act of 1933, when federal deposit insurance first came into being, financial panics were regular occurrences in America, happening about every twenty years. After each panic new rules governing banks and money were written, but politics always seemed to get in the way of effective legislation.“ (7)

Durch die private Zentralbank Federal Reserve, die vom Kongress weder beaufsichtigt noch geprüft werden kann, ist die Kontrolle der Geldmenge der amerikanischen Politik komplett entzogen. „In theory the Federal Reserve is “owned“ by the nation’s banks. In reality the Fed is the banking system’s chief regulator, and it is in charge of everything from check-clearing operations to how much money a bank must keep in its vaults. The president appoints the chairman and the other governors, and Congress must approve the president’s choice. A governor is limited to one fourteen-year term, and the chairman assumes office for a renewable four-year term. ... The Fed may print too much money or too little, it may raise rates too high or bring them down too low, but there is nothing that the president or Congress can do about it. They cannot even audit the Fed.“ (8) Tatsächlich sind die Empfänger der in den USA aus Steuermitteln finanzierten „Bankenrettung“ in Höhe von US-\$ 1,2 Billionen auch weder dem Vize-Präsidenten der Fed, Donald Kohn (9), noch dem Inspector General Elizabeth Coleman (10) bekannt. Letztere konnte auch keinerlei Auskünfte zu den „off balance sheet“-Positionen der Fed in Höhe von US-\$ 9 Billionen erteilen.

2.4.5. Kreditkartenunternehmen als Geldschöpfer

Die größten Gelderzeuger im System sind jedoch die Geschäftsbanken und Kreditkartenfirmen. Mit jedem hier erzeugten Kredit wird die Geldmenge weiter aufgebläht. Tatsächlich ist sie aus diesen Gründen auch schon seit Jahrzehnten überhaupt nicht mehr messbar! (11) Allen diesen als Geld verwendbaren Schuldscheinen fehlt tatsächlich aber jede Form von „Deckung“, also ein stabiler Gegenwert. Aus diesem Grund plädieren viele Autoren für ein Vollgeldsystem (i.S. von Irving Fisher), welches zusätzlich ausschließlich in öffentlicher Hand gehalten werden sollte. (12, 13) Die Argumente dafür sind ebenso einfach wie zwingend, nämlich einerseits das prozyklische Kreditvergabeverhalten der gewinnorientierten Privatbanken und andererseits das gerade jetzt deutlich erkennbare Problem der Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung von (exorbitant hohen!) Verlusten. (14)

2.5. Zum Betrugsmodell privatwirtschaftlicher Banken

Institutionen, welche somit schon aus logischen Gründen nachweislich nicht nachhaltig funktionsfähig betrieben werden können (Schuldgeld mit Zinsen im Mindestreservesystem) werden daher oftmals auch überhaupt nicht für reelle Geschäfte geführt, sondern von vornherein in Betrugsabsicht. (15) Der ehemalige US-Bankenregulierer William K. Black, der während der Savings-& Loans-Crisis in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts mitwirkte den kompletten Zusammenbruch des US-Bankensystems als Folge einer massenhaften Betrugswelle zu verhindern, legt dafür beredt Zeugnis ab in einem Werk, dessen Titel an Bert Brecht erinnert: „The Best Way to Rob a Bank is to Own One“.

Savings-& Loans-(Spar-)Banken wurden damals in den USA zu Hunderten insolvent und mussten von (steuerfinanzierten) Sicherungseinrichtungen „aufgefangen“ werden. Da zu dieser Zeit die liberale Politik eines Ronald Reagan auf höchster bundesstaatlicher Ebene tonangebend war, sollten diese Banken danach an „private Geschäftsleute“ verkauft werden, damit diese sie dann, möglichst ohne durch übermäßige Regulierung behindert zu werden, „im Wettbewerb erfolgreich“ machen konnten.

Ein kritischer Geist müßte zunächst natürlich fragen, wer an einer insolventen Bank, also einem Unternehmen, welches durch seinen Zusammenbruch soeben bewiesen hat, dass sein Geschäftsmodell nicht funktioniert, überhaupt ein Kaufinteresse haben sollte. Was dabei allerdings übersehen wird, ist der Umstand, dass die Geschäftsbanken ja die „Gelderzeuger“ im kapitalistischen System sind, d.h. eine private Gelddruckmaschine sollte durchaus für einige Menschen von Interesse sein!

Gekauft wurden die insolventen Banken daher auch zum „Schnäppchenpreis“ von Strohmännern, die keinen Cent privates Geld in diese investierten, sondern sich den gesamten Kaufpreis von einem Gangster („Bankster“) liehen. Unmittelbar nach dem Kauf vergaben sie an den Bankster einen Kredit, der wesentlich höher als der Kaufpreis der Bank war. Dieser wurde einfach nicht zurückgezahlt, die Bank wurde insolvent, „aufgefangen“... und das „Spiel“ begann wieder von vorn!

Erhellend sind auch die Erklärungen, wie diese Banken letztlich unmittelbar die Immobilienblase erzeugten. Ein Kreditnehmer ohne jegliche Bonität wünscht einen Kredit in Höhe von 5 Mio \$. Die Bank gewährt ihm diesen sofort – sogar ohne Zinsen und Rückzahlung (er wird einfach „ausgebucht“), also als Geschenk. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass der Kreditnehmer nicht bloß 5 Mio \$, sondern z.B. 35 Mio \$ von der Bank entgegennimmt, wobei er die überschießenden 30 Mio \$ sofort dazu verwendet, der Bank ein Grundstück abzukaufen, welches zwar mit 10 Mio \$ in ihren Büchern steht, aber zu Marktpreisen bewertet bestenfalls 5 Mio \$ wert ist. Dadurch erzielt nämlich die Bank nicht nur unmittelbar einen Gewinn in der Differenz „Kaufpreis“ – Buchwert, sondern sie muss dann auch gleich alle anderen Grundstücke in ähnlicher Lage nicht abwerten und kann die Bilanzwerte weiterführen, schließlich hat sie ja durch einen „arm length deal“ einen echten Marktumsatz erzielt (Betrugskonzept des sog. fair value). (16)

2.6. Die Krise des Bankensystems als Krise von (einzelnen) Banken

2.6.1. Konzeptionelle Krisenursachen

Ein schon theoretisch unmögliches System, welches historisch als Betrugsmodell entstanden und auch laufend so missbraucht wurde bzw. wird, generiert natürlich permanent einzelne „Notfälle“, welche, aufgrund mangelnden Systemverständnisses der politischen Entscheidungsträger, durch Erpressung der Öffentlichkeit mittels Drohung des Zusammenbruchs der Geldversorgung nur noch durch Enteignung der Allgemeinheit (Stichwort „Bankenrettung mit Steuergeld“) saniert werden können. Tatsächlich besteht im heutigen Zentralgeldsystem die letztgültige Deckung des Geldes ausschließlich in den zukünftigen Steuerzahlungen der Bürger, denn durch die Besteuerung erhält der Staat das Recht unmittelbar ins Eigentum seiner Bürger einzugreifen. (17)

2.6.2. Umfeld und Ausgangslage der „Rettung“ der Hypo Real Estate (HRE)

Ein Paradebeispiel für das völlige Versagen sowohl des privaten Bankensystems als auch jeglicher Form von Bankenaufsicht und nicht zuletzt auch der Politik kann anhand der „Rettung“ der deutschen Hypo Real Estate (HRE)-Bank studiert werden (18):

„Der Untersuchungsausschuss hat gravierende Kommunikationslücken zwischen Bankenaufsicht und dem BMF offenbart. So hat das klare Bild des Präsidenten der BaFin, Jochen Sanio, die HRE sei ein „Saustall“ und säße bereits seit der DEPFA-Übernahme „in der Falle“, die Leitung des BMF nicht erreicht. Zusätzlich wurde deutlich, dass die gesetzlichen Befugnisse der Bankenaufsicht zur Bewältigung der Schieflage der HRE, die das gesamte Weltfinanzsystem bedrohte, nicht ausreichten. So konnte die staatliche Bankenaufsicht die Schieflage der HRE nur beobachten und nicht abwenden.“ (19)

In diesem Kontext stellt sich abermals die dramatische Frage, ob eine finanzielle Aufsicht, welcher Art auch immer, für Institutionen, welchen das gesetzliche Monopol der Gelderfindung (euphemistisch und offenbar bewußt irreführend zugleich oftmals auch „Geldschöpfung“ genannt) überhaupt finanziell beaufsichtigt werden können! Jedenfalls scheint die Schröpfung der Steuerzahler als ultimativer Ausweg aus der Privatbankenkrise im Kapitalismus bereits fix institutionalisiert zu sein: „In besonderem Maße verursachte die Bundesregierung bei dieser vermeintlichen Rettung vermeidbare Belastungen für den Steuerzahler. Der private Sektor musste keine nennenswerten eigenen Beiträge leisten. ... Rettungsalternativen, die einen substantiellen Beitrag der Geretteten forderten, wurden nicht in Erwägung gezogen.“ (20)

2.6.3. Legende von der Unvorhersehbarkeit des Bankenzusammenbruchs

Die oftmals bemühte politische Lüge, der Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15.09.2008 hätte eine globale Finanzkrise mit Auswirkungen auch im deutschsprachigen Raum verursacht, wurde nicht nur im Untersuchungsausschuss

klar widerlegt: „Auffällig ist, dass insbesondere Personen mit internen HRE-Kenntnissen ausdrücklich darauf hinweisen, dass die HRE auch ohne die Insolvenz von Lehman Brothers in Schieflage geraten wäre.“ (21) Bereits am 16. Februar 2003 fand, streng geheim, ein Spitzentreffen zur Rettung der deutschen Großbanken im deutschen Bundeswirtschaftsministerium statt. (22) Die Teilnehmer waren Bundeskanzler Gerhard Schröder, Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, Finanzminister Hans Eichel, Josef Ackermann (Deutsche Bank), Bernd Fahrholz (Dresdner Bank), Dieter Rampl (HypoVereinsbank), Jürgen Sengera (WestLB), Ulrich Brixner (DZ Bank) und Henning Schulte-Nölle (Allianz). Die von Ackermann damals bereits vorgeschlagene „Bad Bank“ wurde unter heftigem Protest von den meisten anderen Teilnehmern abgelehnt (Mit den Worten „Soweit sind die Banken noch lange nicht.“ wird Klaus-Peter Müller, damals Chef der Commerzbank, zitiert).

2.6.4. Fragen nach der Verantwortung

Die nachfolgenden Aussagen in der Financial Times Deutschland lassen an Deutlichkeit betreffend die tatsächlichen Verantwortlichkeiten des Systemzusammenbruchs nichts zu wünschen übrig: „Bereits fünf Jahre vor der Lehman-Pleite war die Schieflage des deutschen Finanzplatzes bekannt. Das Giftvolumen durch unzureichend gedeckte Kredite wurde auf bis zu 300 Mrd. Euro geschätzt. Systematisch versteckten die Banken mit Bilanztricks ihre faulen Papiere und täuschten damit ihre Aktionäre. Banken, Kontrollinstanzen, Finanzpolitiker: Alle wussten Bescheid, alle halfen beim Versteckspielen. Die Beamten in Aufsichtsbehörden und Finanzministerien betrieben routiniert ihr Berichts- und Meldewesen, registrierten, lochten, hefteten ab. Aufsichtsräte und Wirtschaftsprüfer schauten weg. „Deutschland war Weltmeister in riskanten Bankgeschäften“, resümiert EU-Kommissar Günter Verheugen. „Nirgendwo auf der Welt, auch nicht in Amerika, haben sich Banken mit größerer Bereitschaft in unkalkulierbare Risiken gestürzt – allen voran die Landesbanken.““ (23)

2.6.5. Ein „Sittenbild“ der deutschen Bankenaufsicht

Auch in anderer Hinsicht liefern die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses des HRE-Skandals ein rechtes „Sittenbild“ der sog. Bankenaufsicht in Deutschland: „... berichtete die BaFin etwa darüber, dass wegen einer völlig unzureichenden Informationsausstattung der Bankenaufsicht eilig eine Sonderprüfung der HRE für Februar und März angeordnet und durchgeführt wurde. In deren Folge musste die HRE ab März 2008 erst wöchentlich, dann täglich ihre Liquiditätssituation an die Bankenaufsicht melden – nach Aussage von Jochen Sanio ein höchst außergewöhnlicher Vorgang.“ (24) Auch mit der von der HRE übernommenen DEPFA stand es, aus Sicht der Bankenaufsicht, offenbar nicht zum besten: „Die DEPFA hatte in einem Liquiditätsbericht an die irischen Aufsichtsbehörden bewusst oder unbewusst einen Betrag von 50 Milliarden Euro fälschlicherweise doppelt angerechnet und erfüllte nur dadurch die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen.“ (25)

Weder die Grundlagen der Bankenaufsicht noch ihre tatsächliche Ausführung entsprechen irgendwelchen relevanten Standards: „Dass sich Deutsche Bundesbank und BaFin ein Jahr lang nicht auf eine gemeinsame Position bei der Einstufung der HRE als systemrelevant einigen konnten, tat sein Übriges. ... Finanzholdinggesellschaften standen bis zur Rettung der HRE nicht unter unmittelbarer Kontrolle der staatlichen Finanzaufsicht.“ (26) „Die fatale Kombination aus Regelungs- und Vollzugsdefiziten bei der staatlichen Finanzaufsicht fasste der Zeuge Stefan Schrader, Mitarbeiter der BaFin, zusammen. Ihm zufolge könne die Bankenaufsicht mittels der gesetzlich geregelten Befugnisse wie zum Beispiel Verwaltungsakten allein ihre Aufgabe gar nicht erfüllen, „weil uns das lahmlegen würde.“ ... Vielmehr sei die Aufsicht auf ein kooperatives Verhältnis zu den Banken – ein so genanntes „Supervising by Talking“ – angewiesen und gerate dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zum „Aufsichtsobjekt“.“ (27)

Die deutsche Bankenaufsicht verlegte sich also aufs „Plaudern“. „Da passt es ins Bild, dass auch die Warnungen des Bundesrechnungshofs zur mangelnden personellen Ausstattung der BaFin vom BMF nicht einmal zur Kenntnis genommen wurden.“ (28)

2.6.6. Fehlende Krisenplanung als Katastrophenbeschleuniger

Vorausschauende Planung wurde von den deutschen Regierungen hinsichtlich allfälliger Bankenpleiten oder gar eines Systemversagens überhaupt nicht betrieben. Da im politischen System des Kapitalismus der (Kapital-)Markt zum Gott erhoben wurde, herrschte auch dem entsprechendes reines „Gottvertrauen“: „Für größere „Störfälle“ im Banken- und Finanzsystem, das seinerseits nach Meinung aller im Ausschuss vertretenen Fraktionen für die Funktionsfähigkeit einer Ökonomie von zentraler Bedeutung ist, gibt es in Deutschland ein derartiges präventives Krisenmanagement bislang nicht.“ (29)

Die mangelnde Übung und Erfahrung im Umgang mit Banken Krisen kam und kommt die Steuerzahler teuer zu stehen: „Auch viele andere technische Probleme hätten bei vorbeugenden Krisenübungen erkannt werden können, so zum Beispiel die Schwierigkeit, dass die im Namen der öffentlichen Hand verhandelnden Institutionen wie zum Beispiel Deutsche Bundesbank, BaFin oder BMF bewerten können sollten, wie viel die noch verbliebenen Sicherheiten einer zu rettenden Bank eigentlich wert sind. Wie später noch genauer dargestellt wird, fehlte den Bundesbehörden für diese Aufgabe bei der HRE der Sachverstand, sodass sie stattdessen auf die Informationen der verhandelnden Gegenseite, nämlich eines Teams unter Leitung der Deutsche Bank AG, vertrauen mussten. Die Zahlen dieses Teams stellten sich im Nachhinein als falsch heraus und begünstigten in den Verhandlungen und ihren Ergebnissen bis heute die am Rettungspaket beteiligten Banken.“ (30)

2.6.7. *Legende von der Nachhaltigkeit der „Bankenrettung“*

Wer jedoch nun denkt, die (HRE-)Bank(en) sei(en) gerettet und die teure Investition hätte sich für den Steuerzahler zumindest insofern gelohnt, als diese fragwürdigen Institutionen funktional erhalten blieben, dem müssen auch diese letzten Illusionen angesichts der Aussagen des zitierten Ausschussberichts geraubt werden: „Stern-Online meldete unter Berufung auf ein PWC-Gutachten vom Jahresanfang, dass „das Abenteuer [HRE] den Steuerzahler bis zu 20 Milliarden [Euro] kosten“ könne ... Nach Auslaufen der Pool-Fazilitäten zum 31. Dezember 2009 müssen erneut 50 Milliarden Euro Liquidität staatlich organisiert werden. Die Ausplatzierung defizitärer Geschäftsbereiche wird gegenwärtig vom Vorstand der HRE geprüft. Der Staat wollte Notarzt sein und ist Hospizpfleger geworden. Die tatsächlichen Kosten der mit öffentlichen Mitteln vollzogenen Insolvenzvermeidung lassen sich selbst vom federführenden BMF gegenwärtig nicht ansatzweise bestimmen.“ (31)

Die logische Unmöglichkeit gewinnbringender Geldfinder im kapitalistischen Nullsummen-Wirtschaftsspiel wird von den Mitgliedern des HRE-Untersuchungsausschusses klar und deutlich ausgesprochen: „Tatsächlich verursachen die staatlichen Einnahmen aus den Garantien Verluste bei der HRE, die wiederum der Staat als Eigentümer zu tragen hat. Die Garantiegebühren sind insofern für die Steuerzahler ein Nullsummenspiel. Gleiches gilt für die Einnahmen des Staates aus Zinszahlungen der HRE. Die Zahlungen der HRE an den Staat sind in beiden Fällen – Garantiegebühren und Zinsen – die Kapitalerhöhungen von morgen, die nötig werden, um das durch die Verluste gesunkene Eigenkapital zu ersetzen.“ (32)

2.6.8. *Betrug als möglicher Krisenauslöser*

Doch offensichtlich findet sich auch im Falle der HRE das bereits von William K. Black aus den USA der Achtzigerjahre (Stichwort Savings- & Loans-Crisis) bekannte Betrugsmodell der überbewerteten Immobilien wieder, welches zugleich dazu führte, dass es zu einer Preisblase bei Immobilien kam bzw. diese scheinbar vorsätzlich initiiert wurde: „So berichtete Marian Vesely, früher als so genannter Profivermittler des mittelbaren HRE-Vorgängerinstituts Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG tätig, am 4. Juni 2009 über die Praxis des Vertriebs von Krediten für Wohn- und Gewerbeimmobilien. Im Zeitraum der Jahre 1992 bis mindestens 1997 sei es aufgrund bankinterner und vom Vorstand gebilligter Anweisungen systematische Praxis gewesen, Beleihungen von bis zu 180 Prozent des Beleihungswertes vorzunehmen, also zu hohe Kaufpreise für Kreditausreichungen zu Grunde zu legen. ... Ursächlich für diese Vertriebspraxis sei die Zielvorgabe gewesen, „Europas größter Baufinanzierer zu werden“ ... Der zu hohe Ansatz der Beleihungswerte sei belegt durch – gemessen an der Darlehenssumme – nur bruchteilige Erlöse für die Objekte nach Zwangsversteigerungen oder freiwilligen Verkäufen ... Zur Vertriebspraxis habe auch gehört, Bonitäten von Kreditnehmern zum Schein zu erhöhen, um Kreditausreichungen erst zu ermöglichen ... Im Nachhinein sehe Herr Vesely diese Vertriebsmethoden als Betrug an.“ (33)

2.6.9. „Schwarze Schafe“ versus systemischer Massenbetrug

Handelte es sich hier vielleicht um einen Einzelfall, die HRE als „schwarzes Schaf“ einer grundsoliden Branche? Die weiteren Ausführungen und Zeugenaussagen sprechen eindeutig dagegen: „So beschränkten sich die von Marian Vesely geschilderten Überzeichnungen der Beleihungswerte nach seiner Aussage nicht allein auf die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank AG, sondern der „systematisch überhöhte Verkehrswertansatz der involvierten Banken“ erstreckte sich auf den „HypoVereinsbank-Konzern und seiner Vorgängerinstitute“ ... Ursächlich für die zu hohen Beleihungswerte seien auch die vom Vorstand am 1. Dezember 1992 und am 29. März 1997 angewiesenen Missachtungen bankaufsichtlicher Vorgaben aus den Jahren 1991 und 1994 gewesen, „insbesondere die Vorgaben Funktionstrennungsprinzip – der Sachbearbeiter, der den Kredit genehmigt, darf nicht gleichzeitig die Einwertung machen – und Prinzip der Ortsbesichtigung: Das Objekt ist vor Ort zu besichtigen. Diese internen Vorgaben der Banken, die IWDs, wie sie zum Beispiel bei der Hypobank hießen, mussten und sind auch immer dem BAKred [Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen, An. d. Verf.] und der BaFin später vorgelegt worden. Es ist hier nicht eingeschritten worden. ... Zudem verwies Klaus Kratzer darauf, dass im Rahmen von Gerichtsverfahren Gutachten eingeholt worden seien, die über hundertprozentige Überbewertungen in Bezug auf den tatsächlichen Verkehrswert zum Erwerbszeitpunkt von Immobilien festgestellt hätten.“ (34)

2.6.10. Persönlichkeitsdefekte und Charakterdefizite als Krisenursache

Welche anderen Krisenursachen, außer offensichtlichen Betrug, kann man im Bankensektor sonst noch verorten? Private Großmann- und Verschwendungssucht spielen sicherlich auch mitunter eine bedeutende Rolle: „Mit Krediten für die Quelle-Erbin Madeleine Schickedanz, mit Zertifikatewetten, Industriebeteiligungen und Immobiliengeschäften: Sal. Oppenheim ist als privat geführte Bank hohe Risiken eingegangen, um den Gewinn zu steigern – und vertrauten Personen unter die Arme zu greifen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg schrieb die Bank 2008 dann Verluste. Einige Bankgesellschafter bürgten sogar persönlich für Kredite an Quelle-Erbin und Arcandor-Großaktionärin Madeleine Schickedanz. Nun geht das Geldhaus nach 220 Jahren Unabhängigkeit in der Deutschen Bank auf. ... Bis zu Beginn der Finanzkrise im Sommer 2007 war Sal. Oppenheim stets unter den Top Ten der größten Emittenten in Deutschland zu finden ... Zertifikate im Volumen von rund 8 Mrd. Euro hatte die Privatbank per Juni 2007 bei Anlegern platziert. Allerdings kursierten schon damals Gerüchte, die Bank arbeite mit Kampfbedingungen und gehe hohe Risiken im Eigenhandel mit Nebenwerten ein. ... Vor allem die starke Zunahme der Korrelationen in der Finanzkrise – alle Aktien und Indizes entwickelten sich zeitweise im Gleichschritt – warf die Modelle über den Haufen, mit denen das Institut Absicherungsgeschäfte für seine Zertifikate betrieb.“ (35)

2.6.11. Diversifikation als fehlleitende Pseudo-Strategie

Dass die sog. Diversifikation unsinnig ist und tatsächlich sogar einen vorsätzlichen Missbrauch statistischer Methoden darstellt, sollte in der Fachwelt spätestens seit dem spektakulären Zusammenbruch von Long-Term Capital Management (LTCM) im Jahre 1998 allgemein bekannt sein. (36) Bei diesem ersten Hedge-Fonds der Geschichte waren u.a. zwei Nobelpreisträger damit beschäftigt, die Gelder einiger superreicher Investoren zu vermehren. Die Veranlagung erfolgte ausschließlich in „nicht korrelierte Assets“, d.h. in Vermögenswerte, deren Wertentwicklung **in der Vergangenheit** niemals parallel verlaufen war. Als jedoch die ersten globalen Krisen (Russlandkrise etc.) auftraten, waren plötzlich auch die historisch unkorrelierten Werte mit +1 korreliert, da alle Anleger gleichzeitig auf allen Märkten verkauften. Die sechs größten US-Banken mussten damals in einer „Nacht- und Nebel-Aktion“ unter der persönlichen Leitung von Alan Greenspan Long-Term Capital Management aus seinen ruinösen Positionen herauskaufen, da anderenfalls das US-Bankensystem bereits 1998 kollabiert wäre. Spätestens seit jenem historischen Ereignis hätte das Märchen von der „Diversifikation“ als Anlagestrategie bereits aus sämtlichen Lehrplänen getilgt werden müssen, da die sog. Diversifikation nachweislich unvorteilhaft bzw. ruinös enden kann: in Aufschwungphasen vermindert sie den Gewinn (da ja ein breit gestreutes Portefeuille vorliegt), in Abschwungphasen hingegen (in welchen zumeist alle Wertentwicklungen hochgradig korreliert sind) schützt sie nicht vor Verlusten, sodass sie insgesamt abgelehnt werden muss. Wer heute solche schädlichen Dogmen noch unterrichtet, handelt offensichtlich fahrlässig, da die meisten katastrophalen Zusammenbrüche von Hedge-Fonds genau auf diesen Fehler, den sträflichen Irrglauben mittels inkompetent eingesetzter statistischer Formalismen könne von der Vergangenheit auf die Zukunft geschlossen werden, zurückzuführen waren bzw. immer noch sind.

2.6.12. Das zeitlose Versagen der Wirtschaftsprüfer (in Deutschland)

Bankenzusammenbrüche im Zusammenhang mit Bilanzbetrug und Bilanzfälschung sind ein zeitloses und international zu beobachtendes Phänomen. Bereits 1974, beim Skandal um die Herstatt-Bank, die damals die größte Bankinsolvenz der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellte, versagten nicht nur die internen Kontrollen, sondern auch die Wirtschaftsprüfer: „Im Jahre 1974 geriet die Privatbank allerdings durch Devisenspekulationen und Manipulationen im Rechnungswesen in eine dramatische Schiefelage. In der Abteilung Devisenhandel ... durften sechs Mitarbeiter im Alter von knapp über 20 Jahren ... neben ihrer Tätigkeit im Bank-Währungsmanagement auch Devisen auf eigene Rechnung kaufen und verkaufen. Warnungen des hausinternen Revisors bezüglich der riskanten Aktivitäten der sog. „Gold-Jungs“ wurden von Iwan D. Herstatt nicht ernst genommen: so war es diesen möglich, Gewinne aus Devisentermingeschäften den eigenen Konten gutzuschreiben und Verluste der Bank anzulasten. Man musste nur abwarten, ob sich ein Kursgewinn oder Kursverlust ergeben hatte, und die Terminkontrakte nicht am Tag des Vertragsabschlusses, sondern erst verspätet einbuchen. Die Bankenaufsicht wurde mit frisierten Positionsmeldungen über die im Risiko stehenden ausländischen Valuten getäuscht. Gegenüber einer Schweizer

Bank mit Namen „Econ“ wurden Guthaben ausgewiesen, wobei – wie sich später herausstellte – weder dieses Kreditinstitut noch entsprechende Guthaben existierten. Bei einem haftenden Eigenkapital von 77 Mio. DM betrug allein das Volumen der Dollarspekulation zu Beginn des Jahres 1974 8 Mrd. DM, was bei einer Kursschwankung von 1% einen Gewinn oder Verlust von 80 Mio. DM bedeutet hätte.“ (37)

Auch die Aufsichtsstellen reagierten nicht so, wie sich darauf vertrauende Anleger dies vorstellen würden: „Im Juni 1974 nahm das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, das zwar frühzeitig misstrauisch geworden war, aber niemals konsequent nachgefasst hatte, „wegen starker Verluste bei Devisentermingeschäften, die in den Büchern unrichtig dargestellt wurden“ die der Bank erteilte Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften gemäß § 35 II S. 4 KWG zurück.“ (38)

Im Jahr 2002 folgte hingegen ein eindeutiger Fall von Bilanzbetrug mit unmittelbarer Beteiligung der Wirtschaftsprüfer bei der Bankgesellschaft Berlin: „Im Falle der Landesbank Berlin wurden ehemalige Manager wegen Bilanzfälschung angeklagt. Die Staatsanwaltschaft warf ihnen vor, Haftungsfreistellungserklärungen für außenstehende Gesellschafter von Tochterunternehmen und für Komplementäre von geschlossenen Immobilienfonds in den Jahresabschlüssen von 1997, 1998 und 1999 nicht aufgeführt zu haben und weder den Abschlussprüfern von KPMG und PwC noch dem Aufsichtsrat mitgeteilt zu haben. Auf diese Weise waren Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 15 Mrd. DM im Anhang nicht angegeben und damit der Öffentlichkeit verborgen geblieben. ... Ein Paradebeispiel für die riskanten Geschäfte, die letztlich die finanziellen Probleme der BGB verursachten, ist der 600 Mio. DM-Kredit der Berlin Hyp an die umstrittene Immobilienfirma Aubis. Die Berlin Hyp, deren Vorstandssprecher Klaus Landowsky CDU-Fraktionschef im Berliner Senat war, hatte das Darlehen ohne ausreichende Sicherheiten und ohne ausreichende Bonitätsprüfung des Kreditnehmers der Aubis zur Verfügung gestellt. In „unmittelbarer Zeitnähe“ zur Kreditzusage hatte Landowsky von den beiden Aubis-Geschäftsführern, einem Ex-CDU-Bundestagsabgeordneten und einem Mitglied der Berliner CDU-Landesgeschäftsführung, eine Parteispende, die nicht ordnungsgemäß verbucht wurde, erhalten. ... Im Juli 2004 reichte die Berlin Hyp eine Schadensersatzklage in Höhe von 4,1 Mio. € gegen die WP-Gesellschaft Deloitte & Touche Deutsche Baurevision ein. Den Prüfern wurde vorgeworfen, wider besseren Wissens Testate erteilt zu haben und unter Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht dazu beigetragen zu haben, dass die Schieflage viel zu spät offen gelegt wurde. ...

Zweifel an dieser Bilanzierungspraxis waren bereits 1997 einem Bericht der Internen Konzernrevision zu entnehmen gewesen. Die Revisoren hatten einen internen Report über das mangelhafte Risikocontrolling der IBG erstellt und ein unübersehbares schriftliches Warnsignal an Abschlussprüfer und Management übermittelt. ...

Doch die das Prüfungsmandat innehabende WP-Gesellschaft BDO Deutsche Waren-treuhand AG wies die Feststellungen mit Schreiben vom 19.10.1998 zurück und testierte den Jahresabschluss 1997. Die IBG gab immerhin eine Sonderprüfung bei dem unabhängigen Wirtschaftsprüfer Achim Walther in Auftrag. ... Das Gutachten bewirkte, dass die BDO wissen musste, dass sie der IBG für 1997 kein Testat erteilen durfte. Von dem Walther-Bericht hatten auch führende Berliner Politiker wie der regierende Bürgermeister Klaus Wowereit und dessen Vorgänger Eberhard Diepgen, die in den Aufsichtsräten der BGB saßen, Ausfertigungen erhalten. Doch beide hatten

nicht reagiert und wollten später keine Kenntnis von den Vorgängen gehabt haben. Besondere Brisanz erhält das Gutachten dadurch, dass 1997 noch die „Notbremse“ hätte gezogen werden können. So wurden über Jahre hinweg die Risiken aus den Immobiliengeschäften ignoriert und die notwendige Risikoversorge nicht vorgenommen. Im Juni 2004 konnte man nach jahrelangem Streit eine außergerichtliche Einigung mit der BDO erzielen. Um einen weiteren Reputationsschaden zu vermeiden, verpflichtete sich die WP-Gesellschaft, der vorgeworfen worden war, ein falsches Testat vorsätzlich erteilt zu haben, vertraglich zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 12 Mio. €. Die BDO verstand den freiwilligen Vergleich als Teil einer langfristig angelegten Strategie zur Mandatssicherung und damit als Investition in die Zukunft.

Die Misswirtschaft der BGB setzte sich solange fort, bis der Konzern in 2002 nur noch durch einen Staatszuschuss von 2,0 Mrd. € und eine Bürgschaft des Landes Berlin über 21,6 Mrd. € gerettet werden konnte. Um das Überleben der BGB zu sichern, gab das Land eine sog. „harte“ Patronatserklärung ab.

Zuvor hatte die BGB noch versucht, die drohende Insolvenz durch einen fingierten Verkauf der Immobilientöchter abzuwenden. Mit Hilfe der Investmentbank J. P. Morgan wurde ein Scheingeschäft getätigt, das jedoch von der BaFin als „In-sich-Geschäft“ aufgedeckt wurde: bei dem Käufer handelte es sich um eine reine Zweckgesellschaft auf den Cayman-Inlands, deren Anteile indirekt von der BGB selbst gehalten wurden. Daraufhin stoppte die BaFin den Deal und leitete strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Manager der BGB ein.“ (39)

2.6.13. Das zeitlose Versagen der Wirtschaftsprüfer (international)

Die Merkwürdigkeiten rund um uneingeschränkte Testate, welche auch international von den Big Four-Prüfungsgesellschaften für Bankbilanzen unmittelbar vor der Insolvenz des betreffenden Unternehmens erteilt wurden, werden sehr gründlich von Prem Sikka aufgearbeitet: „How the auditors constructed audits to satisfy themselves that banks were a going concern are open to conjecture, but the financial difficulties of many became publicly evident soon after receiving unqualified audit reports.

For example, Lehman Brothers received an unqualified audit opinion on its annual accounts on 28 January 2008, followed by a clean bill of health on its quarterly accounts on 10 July 2008. However, by early August it was experiencing severe financial problems and filed for bankruptcy on 14 September 2008. Bear Stearns, America's fifth largest investment bank, received an unqualified audit opinion on 28 January 2008. However, by 10 March its financial problems hit the headlines and on 14 March, with state support, it was sold to JP Morgan Chase (...). Carlyle Capital Corporation received an unqualified audit opinion on 27 February 2008. On 9 March, the company was known to be discussing its precarious financial position with its lenders. On 12 March, the company announced that it “has not been able to reach a mutually beneficial agreement to stabilize its financing” and was placed into liquidation.” (40)

Dieses Verhalten bewirkte, dass Wirtschaftsprüfer heute von maßgeblichen Personen als Berufsstand überhaupt nicht mehr ernst genommen werden: „A former minister in Ireland has described auditors as a „joke and a waste of time. They are lick-arses for

the management of companies, because corporate governance doesn't work in our society... the banks are in difficulty because of their auditing.“ [Auditors] “are not independent but they are bloody-well paid”.“ (41)

Es stellt sich also die zentrale Frage: wie kann ein privates Unternehmen ein anderes privates Unternehmen gegen Bezahlung überprüfen? (42) (43)

2.6.14. Der Zusammenbruch der Rechnungslegungssysteme

Aus (standes-)politischen Gründen ist das System der US-amerikanischen Rechnungslegung bereits zu Anfang des 21. Jahrhunderts zusammengebrochen. (44) Die kurze Hoffnung auf das „Jahrhundertgesetz Sarbanes-Oxley“ musste ebenfalls sehr schnell zu Grabe getragen werden. (45) Gerade im Kernbereich aufsichtsrechtlicher Regulierung, nämlich der Verhinderung bzw. Aufdeckung von Bilanzbetrug, konnte die Sarbanes-Oxley-Gesetzgebung in keiner Weise überzeugen. (46)

Rechnungslegungssysteme, die nach diesem Grundmuster (die involvierten Berufsstände schreiben sich ihre gesetzlichen Regelungen einfach selbst = „private standard setting“) erzeugt werden, verleiten permanent zum Missbrauch und sind allein schon aus diesen Gründen rigoros abzulehnen.

Es ist unmittelbar einsichtig, dass Bilanzbetrug dann nicht verhindert werden kann, wenn bereits die anwendbaren Bewertungsregeln selbst (Stichwort „fair value“) in vielen Fällen z.B. bloß von der inneren Einstellung des Managements abhängen, eine empirische Überprüfung der Wertansätze damit von vornherein verhindert wird. (47) **Bewertungsregeln dieser „Qualität“ sind jedenfalls dazu geeignet, Bilanzen insgesamt der Lächerlichkeit preiszugeben!**

Jeder kompetente Fachmann, der nicht selbst zur Aufrechterhaltung seines Lebensstandards in diese „Geschäftsmodelle“ involviert ist, ist dazu verpflichtet, die Öffentlichkeit und die zuständigen Stellen über diese unerträglichen Zustände zu informieren: „Nach Feststellungen der deutschen Bilanzpolizei stieg die Fehlerhäufigkeit vor allem bei Unternehmen, deren Aktien in Indizes wie dem Dax, Mdax oder Sdax enthalten sind, wie Herbert Meyer, Chef der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung (DPR), am Donnerstag in Frankfurt mitteilte. ... Zu den prominenten Firmen, deren Bilanzen beanstandet wurden, gehörte 2009 zum wiederholten Mal der Solarkonzern Conergy. Dieses Mal war es der Halbjahresbericht 2007. Unter anderem wegen der Nichtkonsolidierung von Projektfirmen und Fehlern in der Bilanzierung von Währungsabsicherungsgesellschaften war das ausgewiesene Konzernergebnis vor Steuern von 2,3 Mio. Euro um insgesamt 59,5 Mio. Euro überhöht – es war also tatsächlich ein massiver Verlust.“ (48)

3. Performance von Banken

3.1. Analyse und Steuerung im numerischen Irrgarten

Die Performance von Banken kann, entsprechend ihren offiziellen bzw. inoffiziellen Funktionen, theoretisch aus Netzwerk-/Versorgungs- oder Eigentümer-(Gewinn- bzw. Rendite-)Sicht analysiert werden. Traditionell wird jedoch praktisch ausschließlich die Performance-Analyse aus Eigentümersicht betrieben und das Funktionieren dieser im Öffentlichkeitsinteresse stehenden Institution damit von der Gewinnerzielung für die Eigentümer abhängig gemacht.

3.2. Maßstäbe und Zielgrößen zur Performancemessung offizieller Funktionen

Die offiziellen Funktionen (Anlage bzw. Zurverfügungstellung von Geldern) können ganz offensichtlich nicht vermittels der althergebrachten Dokumentationsinstrumente des externen Rechnungswesens (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht) verfolgt bzw. überprüft werden. Dynamische Flussmodelle oder interaktive Engpass-Simulationen sucht man in diesem Bereich vergeblich, denn geplant, gesteuert und kontrolliert wird nach wie vor mit den Instrumenten von Luca Pacioli, also der Methodik des 15. Jahrhunderts.

Die Aussagekraft von Stichtagsbilanzen (Vermögensbilanzen) ist erwiesenermaßen höchst bescheiden bzw. unbefriedigend, da die momentaufnahmengestützte Gegenüberstellung von aktivischen und passivischen Positionen u.U. hochgradig manipuliert ist bzw. sein kann und entsprechend problematische Irreführungsinformationen zu liefern vermag, was zu problematischen, allenfalls sogar fatalen Fehlentscheidungen führen kann.

Aufzuräumen gilt es auch mit der nach wie vor (äußerst) fragwürdigen Überbetonung der vermeintlichen Bedeutung der (wohlgemerkt) vollstatischen Kennzahl „Eigenkapitalquote“, die auf den statischen Verschuldungsgrad des betreffenden Unternehmens schließen lässt. Viel wichtiger wäre hingegen die Beachtung von teil- sowie volldynamischen Kennzahlen, die nicht auf periodisierungsbasierten Größen fußen, da die Werte solcher Größen den Blick auf Kassenerfolgskomponenten richten. In diesem Zusammenhang sollten Kennzahlen wie z.B. bzw. insb. „Zinsüberschuss in Prozent der Zinserträge“ eine wesentlich größere Akzeptanz als bislang erhalten.

Tatsächlich basiert jedoch das Geschäftsmodell heutiger Banken großteils auf der Verschleierung tatsächlicher Geldflüsse (Insidern ist diese Geschäftspraxis auch unter dem beschönigenden Begriff „Kalkulatorischer Ausgleich“ bekannt). **Könnten diese Institute den Sparern gegenüber tatsächlich die Quellen der „wundersamen Geldvermehrung“ auf ihren Konten offenlegen? Wie würde die Erklärung dafür aussehen? Wären es bloß Casino-Gewinne auf den Kapital-(Wett-)Märkten oder auch unterschiedliche Ausprägungen von Pyramidenspielen? (49) Wo sonst sollte zusätzliches Geld in einem geschlossenen Geldkreislauf denn auch herkommen? Wieso wird das von niemandem bedacht bzw. hinterfragt?!!**

Bis die gesellschaftlichen (politischen) Eliten unseres Systems ernsthaft beginnen, über solch einfache Fragen nachzudenken, können wir uns aber noch den simplen Möglichkeiten zuwenden, die der Bilanzbetrug für Gewinnausweise für Banken bereithält. So kann man (zumindest einmal versuchen) bilanzielle Verluste einer Bank anlässlich ihres Verkaufs verschwinden (zu) lassen: „Verlust der Dresdner Bank ist verschwunden. 27. April 2009. Entweder die Allianz oder die Commerzbank müssen ihren Geschäftsbericht für das Jahr 2008 neu erstellen. Dies fordert Dieter Hein vom unabhängigen Aktienanalysehaus Fairesearch. Der renommierte Bankenanalyt prangert einen „Bilanzierungsskandal um die Dresdner Bank“ an. Das inzwischen auf die Commerzbank übergegangene Institut hat im Geschäftsjahr 2008 einen Verlust von 6,3 Milliarden Euro verzeichnet, wovon 3,9 Milliarden auf das von schweren Marktverwerfungen geprägte Schlussquartal entfallen. Doch diesen Verlust haben nach Ansicht von Hein weder die Allianz noch die Commerzbank konsolidiert. Die Allianz hat eigenen Angaben zufolge die Ergebnisbeiträge der Dresdner Bank nur bis zum 30. September 2008 mit einem Fehlbetrag von 2,1 Milliarden Euro konsolidiert. ... Die Commerzbank kontrolliert die Dresdner Bank erst seit dem 12. Januar 2009, so dass sie die Verluste ihrer neuen Tochtergesellschaft im vierten Quartal 2008 noch nicht in ihrer Bilanz im vergangenen Geschäftsjahr abbilden muss. Der Quartalsverlust der Dresdner Bank von 3,9 Milliarden Euro scheint also verschwunden zu sein. ... Den Standpunkt des Fairesearch-Analysten unterstützt auch der Bilanzierungsexperte Karlheinz Küting. Dass der Quartalsverlust der Dresdner Bank in keiner Bilanz auftauche, sei ein Ding der Unmöglichkeit. Zum Zeitpunkt des Kontrollverlusts hätte bei der Allianz eine Entkonsolidierung stattfinden müssen. Dieser Zeitpunkt wiederum hätte identisch sein müssen mit dem Kontrollgewinn der Commerzbank. Daher hätte der Quartalsverlust der Dresdner Bank in einem der beiden Jahresabschlüsse konsolidiert werden müssen, sagte Küting dieser Zeitung. „Es gibt keinen kontrollfreien Zeitraum“, fügte er hinzu. Seinen Worten zufolge muss neben der Rolle der Bilanzierenden auch die der Wirtschaftsprüfer kritisch hinterfragt werden. Den Geschäftsbericht (*richtig: Jahresabschluss, Anm. d. Verf.*) der Allianz testierte KPMG, den der Commerzbank PricewaterhouseCoopers (PwC).“ (50)

Diese deutsche Variante wirkt für den Fachmann jedoch recht plump und amateurhaft. Wahre Vollprofis lassen zu diesem Zweck bereits frühzeitig von den Lobbies die Rechnungslegungsnormen präparieren, damit diese dann bereit stehen, wenn wieder einmal schnell „Bilanzgewinne“ produziert werden müssen. Wie das wirklich elegant gemacht wird, lernen wir von den amerikanischen CPAs: „US-Banken wie JP Morgan oder Wells Fargo, die pleitegefährdete Rivalen per Übernahme vor dem Untergang bewahrten, können durch diese Zukäufe riesige Gewinne einstreichen. Möglich macht das die vor vier Jahren eingeführte „Purchase-Accounting“-Bilanzregel. Sie erlaubt es US-Instituten, notleidende Kredite, die die übernommenen Banken in ihren Büchern haben, anfangs drastisch abzuschreiben. Fließen später die Zinsen auf die Darlehen wieder in größerem Umfang, bildet die Differenz zwischen dem Bilanzwert des Darlehens und dem Einnahmestrom aus den Krediten den „erwarteten Zinsertrag““. (51)

**Denn so lautet schließlich die Definition für den „periodenrichtigen Gewinn“:
Der periodenrichtige Gewinn ist derjenige, der in jener Periode auftaucht, in der er am dringendsten benötigt wird!**

3.3. Maßstäbe und Zielgrößen zur Performancemessung inoffizieller Funktionen

Wie jedes andere privatwirtschaftliche Unternehmen kann auch eine Bank basierend auf ihrem Bilanzgewinn bzw. ihrer Rendite beurteilt werden. Wie bei jedem anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen können somit diese Messgrößen auch unter Ausnutzung legaler wie illegaler „Spielräume“ im Interesse der Beteiligten manipuliert werden.

Die (wie oben gezeigt wurde) recht einfach manipulierbaren sog. Bilanzgewinne sind daher das zentrale Gestaltungselement zur Maximierung von Vorstandsbezügen ebenso wie von Gewinnausschüttungen. Da im Pyramidensystem der kapitalistischen Privatbanken **Geld aber eben NICHT beliebig vermehrbar** ist, bleibt in letzter Konsequenz nur die **Erpressung der Öffentlichkeit durch Androhung des Entzugs der Zahlungsmittelfunktion** (durch Erzeugen von Angst vor dem „Bankenzusammenbruch“ bei den Lokalpolitikern). Ein besseres Bildungssystem hätte es natürlich auch unseren Politikern ermöglicht, in Erfahrung zu bringen, dass ein gesellschaftliches Zahlungssystem wesentlich einfacher und effizienter über alternative Netze (die nicht im Eigentum von Banken stehen!) implementiert werden kann. So bezahlen etwa in vielen Ländern der dritten Welt die meisten Menschen bereits mittels Mobiltelefonen (durch Eingabe von Preis und PIN-Code), die Konten führt eben dann das Rechenzentrum einer Telekom, anstatt dem Rechenzentrum einer Bank! Unsere europäischen Politiker sind aber leider Opfer ihrer eigenen „kapitalistischen Eliteschulen“, die den Anschluss an das überlegene Bildungssystem der dritten Welt noch lange nicht geschafft haben werden!

Die eleganteste, dabei auch am wenigsten angreifbare, Möglichkeit zur Erzeugung von Buchgewinnen bietet aber, wie immer in solchen Fällen, doch die **Sachverhaltensgestaltung**. Im Falle von (Geschäfts-)Banken bedient man sich dazu natürlich der Zentralbanken: „Dass die Großbanken wieder so gut verdienen, liegt vor allem an den Hilfen der Zentralbanken. ... Viele Institute weisen wieder spektakuläre Gewinne aus und zahlen ihre staatlichen Subventionen frühzeitig zurück. Sie bedienen sich der Kapitalmärkte mit Eigen- und Fremdkapitalemissionen, die mehr als wohlwollend aufgenommen werden, und führen ihre Praxis satter Bonifikationen fast unverändert weiter. War da denn rein gar nichts? ... Im Falle der Banken fehlt uns die Wahrnehmung dafür, in welchem Umfang die operative Erholung der letzten Monate durch massive Subventionen gefördert wurde. Ich spreche hier nicht von staatlichen Hilfsprogrammen in Europa und den USA, die mit Kapitalzuschüssen und Garantien die Existenz vieler Banken sicherten, sondern vom Beitrag der Zentralbanken. Die Ergebnissubventionen der Zentral- für die Geschäftsbanken kommen in so neutralen Begrifflichkeiten wie „Quantitative Easing“ oder „Repogeschäft“ daher. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als der Verkauf von Wertpapieren (die anderweitig keinen Käufer finden) an die Zentralbanken beziehungsweise die besicherte Kreditaufnahme durch Banken bei der Zentralbank. Diese Transaktionen entlasten in jedem Fall die Bankbilanz, fördern die Liquiditätsverfassung der Marktteilnehmer, verbessern substantiell die Ergebnislage und übertragen substantielle Risiken auf die Zentralbanken. Durch ihre Funktion als „Buyer of Last Resort“ bei Papieren, für die es zu Anfang des Jahres keine anderen Käufer gab, haben die Zentralbanken sehr nachhaltig dazu beigetragen, dass die Credit-Spreads, also die Renditeaufschläge, eingengt wurden. ... Denn die ganze Wahrheit wird ans Licht kommen, wenn die Zentralbanken diese Subventionen beenden, weil sie die Überliquidität des Finanzsektors abschöpfen müs-

sen. ... Viele Zentralbanker fragen sich daher nicht, ob sie ihre bisherige Politik aufgeben müssen, sondern nur noch, wann und wie dies geschehen soll. Das Ende der Subventionen wird schneller kommen, als manchen lieb ist. ... Zurzeit treiben wir den Teufel mit dem Beelzebub aus und rechtfertigen dies mit der kurzfristigen Stabilisierung des Finanzsystems. Denn die dauerhaften Reformen sind immer noch nicht erkennbar – sieht man von umfangreichen Absichtserklärungen ab, wie sie etwa auf dem jüngsten G20-Gipfel in Pittsburgh vereinbart wurden. Gibt es keine Reformen, dann bleibt auch das Verhaltensmuster der Banken unverändert. Genauso wie die Boni, die die Zentralbanken mit ihren Subventionen einigen wenigen Bankern bescheeren.“ (52)

4. Alternative Ansätze

Die bloße Anwendung mathematischer Algorithmen garantiert noch nicht die wissenschaftliche Qualität einer Methode. Auch im Bereich der Astrologie wird mit umfangreichen, für außenstehende Laien zutiefst beeindruckenden, Formelapparaten operiert und ebenso wie beim Bonitätsrating bedarf es einiger Erfahrung und solider Schulung, diese Formalismen „kompetent“ anzuwenden und die Ergebnisse danach „interpretieren“ zu können. In beiden Fachbereichen sind die Aussagen bzw. Vorhersagen nicht falsifizierbar (damit nach Popper auch nicht wissenschaftlich!) und Erklärungen für abweichende Entwicklungsverläufe erfolgen ex post jederzeit mit beliebigen (nicht nachprüfaren), willkürlichen Begründungen.

Ein Geldsystem, das letztlich in der Ausprägung eines Pyramidenspiels regelmäßig alle 70 bis 80 Jahre zusammenbricht ist für eine fortgeschrittene Zivilisation (oder eine Zivilisation, die sich zumindest in ähnlicher Form selbst wahrnehmen möchte) schlicht ein intellektueller Skandal! Jenseits aller Ständesdünkel und wirtschaftlichen (zumeist ohnehin nur gefühlten) Abhängigkeiten muss es daher irgendwann (weshalb eigentlich nicht jetzt? Der Anlass wäre geeignet!) möglich sein, dass sich am geistigen Fortschritt interessierte Kräfte finden und verbünden um diesen längst fälligen Entwicklungsschritt mutig und v.a. auch ohne Groll und Rachsucht gegenüber den bisher „unschuldigen Betrügern“ (53,) zu vollziehen.

4.1. Staatsbanken ohne Schuld und Steuern

Ein erster wichtiger Schritt wäre die Rückführung der Geldschöpfung in die Kompetenz der öffentlichen Hand. (54) Da Geld in einer modernen Ökonomie keinen Eigenwert mehr besitzen muss (bzw. kann resp. in Wahrheit auch im heutigen System schon gar nicht mehr besitzt!), ist es auch völlig unsinnig, die Geldschöpfungsfunktion heute noch mit ökonomischen Gewinnen zu „belohnen“ oder sie durch „im Wettbewerb“ stehende „Privatunternehmen“ betreiben zu lassen.

Der gesamte Wirtschaftsraum (= die demokratische Gemeinschaft) erschafft sich Geld (als Informationsinstrument zur Lenkung knapper Güter- und Dienstleistungsströme) eben selbst. Diese Geldschöpfung kann auch jederzeit **OHNE** gleich-

zeitige passivische Gegenbuchung (= **Schuldenstehung**) vollzogen werden, wenngleich der „Gelderzeuger“ dann auch keinen Zinsgewinn lukrieren kann. Dieser ist aber, wie erschöpfend gezeigt werden konnte, ohnehin langfristig unmöglich (da die endliche Geldmenge ihn nicht enthält und daher laufend durch neue Schulden erweitert werden muss, bis das System irgendwann kollabiert), falls er dennoch eingefordert wird sogar bis zur Systemzerstörung schädlich!

4.2. *Demokratisches Vollgeld*

Die politische Demokratie beginnt erst mit einem demokratisch erschaffenen Geldsystem!

Erst wenn die Bevölkerung selbst ihr Währungssystem erzeugen (und in demokratischer Form damit auch jederzeit, bei Bedarf, wieder verändern) kann, ist potentiellen Diktatoren **DAS zentrale Instrument der Unterdrückung** und Fremdsteuerung entzogen, welches die Kulturen dieses Planeten seit Jahrtausenden in seinen Klauen hält. Davon abgesehen kann auch nur ein Geldsystem, welches von sämtlichen Menschen (unabhängig von sozialer Schicht, Bildungsstand etc.) **VERSTANDEN** wird, zurecht jenes **Vertrauen** erzeugen, welches selbst wieder die unabdingbare **Voraussetzung für ein nachhaltig funktionierendes Wirtschaftssystem** darstellt.

Wenn dann auch noch die Gelderzeugung selbst aufgrund menschlicher Werte (wie Würde, Hilfsbereitschaft, gemeinschaftsnützlicher Fortschritt etc.) erfolgt, sodass kein Mensch, egal welchen Alters und in welcher Situation, von der Gemeinschaft je im Stich gelassen würde, dann würde allein dadurch bereits die tiefere Ursache zahlreicher Vermögensdelikte verschwinden und das Leben in einer solchen Gesellschaft ganz wesentlich an Qualität gewinnen!

4.3. *Die längst überfällige Trennung von Produktion und Einkommen*

In den bestehenden monetär gesteuerten Gesellschaften werden leider die beiden zentralen wirtschaftlichen Probleme (einerseits die **Produktion** von Waren und Dienstleistungen, andererseits ihre Verteilung, ihr **Konsum**) **vermittels nur eines einzigen, geschlossenen Geldkreislaufes miteinander verkettet**. Ein solcherart kausal verkettetes System neigt natürlich, technisch betrachtet, zu **Rückkopplungseffekten**. Wenn z.B. ein Unternehmen geschlossen werden muss, weil etwa seine Produkte nicht mehr nachgefragt werden, so verlieren die Mitarbeiter dieses Unternehmens den Großteil ihres Einkommens. Durch den Wegfall dieser Einkommensteile fällt aber auch die Nachfrage nach zahllosen anderen Produkten und Dienstleistungen weg, und damit springt das Problem (über den Wegfall der Nachfrage) auch auf etliche andere Unternehmen über, deren Waren und Dienstleistungen zwar nach wie vor sehr gefragt sind, aber mangels Einkommens einfach nicht mehr gekauft werden können! Auch dort fallen dann Jobs weg, diese Menschen fragen wieder weniger nach und die „Krise“ breitet sich ungehemmt im Wirtschaftssystem aus.

Wenn es aber gelänge, für Produktion und Konsum jeweils getrennte Geld- bzw. Informationskreisläufe zu errichten, so dass **die Frage wie viel Waren und Dienstleistungen nach welcher Art** (ökologisch verträglich, ohne schädliche Nebenwirkungen, hohe Qualität, ressourcenschonend etc.) **erzeugt werden UNABHÄNGIG** gemacht wird **von der Kaufkraft der Nachfrager** (weil für die Verteilung danach eben ein anderes Regelsystem wie z.B. rechtzeitige Bestellung, gemeinschaftlich gewünschter Lebensstandard etc. zur Anwendung kommt), so können Veränderungen im Produktionsniveau einzelner Produktionsstätten nicht mehr zu sich automatisch seuchengleich ausbreitenden Krisenentwicklungen führen, wie dies in archaischen Wirtschaftssystemen mit physischem Warengeld stets der Fall war.

Die technische Umsetzung solcher Systeme stellt übrigens heute kein nennenswertes Problem mehr dar. Im Jahr 2010, wenn das „vorgetäuschte Warengeld“ voraussichtlich endgültig (wie bereits etliche male zuvor) seine Funktionsunfähigkeit offenbaren wird, werden sogar mehrere unterschiedliche Varianten von „Informationsgeld“ für die demokratischen Gemeinschaften zur Auswahl stehen!

5. Fazit und Ausblick

Das in den „freien Marktwirtschaften“ heute verwendete Geld- und Bankensystem befindet sich entwicklungsgeschichtlich betrachtet in der Übergangsphase zwischen Warengeld (mit Eigenwert) und Informationsgeld (ohne Eigenwert, ein reines Steuerungsinstrument für Waren- und Dienstleistungsströme in einer Gemeinschaft). Im sozialen Gedächtnis der Gesellschaften (bzw. den individuellen Gedächtnissen der Repräsentanten der jeweiligen gesellschaftlichen Eliten) sind aber nach wie vor die Spielregeln für Warengeld gespeichert.

Die privatwirtschaftlich mit Gewinnabsicht betriebenen Banken verwenden nun leider diese geistigen Prägungen und missbrauchen sie mitunter für Werbezwecke, um Menschen in diesem nicht nachhaltig funktionsfähigen Geschäftsmodell zu ihren „Kunden“ zu machen. Da sich die Transformation von Warengeld zu Informationsgeld jedoch (als integraler Bestandteil der menschlichen Gesamtentwicklung) historisch nicht aufhalten läßt (aus anthropologischer Sicht ebenso wenig wie der aufrechte Gang des Homo sapiens sapiens), wird es sehr wichtig sein, diese Informationen rechtzeitig den betroffenen Menschen nahezubringen, damit sie in den nächsten Monaten in einzelnen kritischen Situationen die jeweils richtigen Entscheidungen werden treffen können!

Literaturverzeichnis

Bieg Hartmut/Bofinger Peter/Küting Karlheinz/Kußmaul Heinz/Waschbusch Gerd/Weber Claus-Peter: “Die Saarbrücker Initiative gegen den Fair Value“ in *Der Betrieb*, 47/2008, S 2543-2546

- Black William K.*: "The Best Way to Rob a Bank is to Own One", University of Texas Press, 2005
- Butler Henry N./Ribstein Larry E.*: "The Sarbanes-Oxley Debacle – What We've Learned; How to Fix It", Washington 2006
- De Vay Debra L.*: "The Effectiveness of the Sarbanes-Oxley Act of 2002 in Preventing and Detecting Fraud in Financial Statements", Abstract of Dissertation, Boca Raton 2006
- Fisher Irving*: "100%Geld", Kiel 2007 (Nachdruck der deutschen Übersetzung des englischen Originals aus 1935)
- Galbraith John K.*: "Die Ökonomie des unschuldigen Betrugs – Vom Realitätsverlust der heutigen Wirtschaft", München 2005
- Haeseler Herbert R./Hörmann Franz/Kros Franz W.*: "Unternehmensbewertung – Grundlagen der Bewertung von Unternehmen und Beteiligungen, 2. Auflage", Wien 2007
- Haeseler Herbert R./Hörmann Franz*: "Irrationale Unternehmenswerte wegen DCF-Methodik!", in "Steuer- und Wirtschaftskartei (SWK)" 8/2008, W42, S. 435 – 438
- Haeseler Herbert R./Hörmann Franz*: "Unternehmensbewertung auf dem Prüfstand – Wissenschaftliche Widerlegung US-amerikanischer Unternehmensbewertungskonzepte", Wien 2008
- Haeseler Herbert R./Hörmann Franz (Hrsg.)*: "Rechnungslegung und Unternehmensführung in turbulenten Zeiten – Festschrift zum 70. Geburtstag von Gerhard Seicht", Wien 2009
- Haeseler Herbert R.*: "Fehlentwicklungen, Führungsdefizite und Rettungsmanöver im Bankwesen", in Haeseler Herbert R./Hörmann Franz (Hrsg.): "Rechnungslegung und Unternehmensführung in turbulenten Zeiten – Festschrift zum 70. Geburtstag von Gerhard Seicht", Wien 2009, S 17-32
- Heinsohn Gunnar/Steiger Otto*: "Eigentumsökonomik", Marburg 2006
- Hörmann Franz/Haeseler Herbert R (Hrsg.)*: "Die Finanzkrise als Chance", Wien 2009
- Hörmann Franz*: "Die Krise der Bewertungstheorien – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel", in Haeseler Herbert R./Hörmann Franz (Hrsg.): "Rechnungslegung und Unternehmensführung in turbulenten Zeiten – Festschrift zum 70. Geburtstag von Gerhard Seicht", Wien 2009, S 49-71
- Huber Joseph/Robertson James*: "Geldschöpfung in öffentlicher Hand – Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter", Kiel 2008
- Kurtzman Joel*: "The Death of Money – How the Electronic Economy has Destabilized the World's Markets and Created Financial Chaos", Boston 1993
- Lowenstein, Roger*: "When Genius Failed – The Rise and Fall of Long-Term Capital Management", New York 2000
- Mandelbrot Benoit B.*: "Fractals and Scaling in Finance", New York 1997
- Mandelbrot Benoit B./Hudson Richard L.*: "Fraktale und Finanzen – Märkte zwischen Risiko, Rendite und Ruin", München/Zürich 2007

- Miller Ross M./Smith Vernon L.:* "Paving Wall Street – Experimental Economics and the Quest for the Perfect Market", Wiley Verlag 2002
- Peemöller Volker H./Hofmann Stefan:* Bilanzskandale – Delikte und Gegenmaßnahmen, Berlin 2005
- Shiller Robert J.:* "Irrational Exuberance", 2nd Edition, Princeton/Oxford 2005
- Sikka Prem:* "Financial Crisis and the Silence of the Auditors" in Accounting, Organizations and Society, Issues 6-7, August-October 2009, pp. 868-873
- Sunder Shyam:* "Politisch-ökonomische Betrachtungen zum Zusammenbruch der Rechnungslegung in den USA", in Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 56, Nr. 4/2003, S 141-150
- Taleb Nassim Nicholas:* "Narren des Zufalls: Die verborgene Rolle des Glücks an den Finanzmärkten und im Rest des Lebens", 2. Auflage, Wiley Verlag 2005
- Zack Gerard M.:* "Fair Value Accounting Fraud – New Global Risks & Detection Techniques", New Jersey 2009

Internetquellen

Initiative für ein staatliches Geldsystem: <http://www.monetative.org/> (30.10.2009)

Bräuer Sebastian (27.05.2009):

Dossier Banken winkt Milliardengewinn

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:gute-nachrichten-aus-den-usa-banken-winkt-milliardengewinn/519111.html> (30.10.2009)

Befragung von Fed Vice Chair Donald Kohn durch den Kongressabgeordneten Alan Grayson: <http://www.youtube.com/watch?v=Mj0JFq4esk> (30.10.2009)

Befragung von Inspector General Elizabeth Coleman durch den Kongressabgeordneten Alan Grayson: <http://www.youtube.com/watch?v=cJqM2tFOxLQ> (30.10.2009)

Frühauf Markus (27.04.2009):

Undurchsichtige Bilanzen - Verlust der Dresdner Bank ist verschwunden, FAZ.NET

<http://www.faz.net/s/Rub58241E4DF1B149538ABC24D0E82A6266/Doc~E58218E60ACD94ECFAB60BFA5FBE1B1A6~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (30.10.2009)

Grass Doris (23.10.2009):

Mehr Fehler in Bilanzen, Financial Times Deutschland,

<http://www.ftd.de/karriere-management/management/:folgen-der-finanzkrise-mehr-fehler-in-bilanzen/50027273.html> (30.10.2009)

Hilgert Heinz (21.10.2009):

Zentralbanken – Beelzebuben der Bankbilanz, Financial Times Deutschland

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:gewinne-der-geldinstitute-zentralbanken-beelzebuben-der-bankbilanz/50026454.html> (30.10.2009)

Hoppenberger Günther (9.02.2009):

Anzeige von Dr. Günther Hoppenberger gegen Unbekannt wegen Verstoß gegen § 168a (2) StGB (Ketten- oder Pyramidenspiele)

<http://www.egon-w-kreutzer.de/Ressourcen/AnzeigeHoppenberger.pdf>

Müller, Leo (10.08.2009):

Die deutsche Lehman-Lüge, Financial Times Deutschland,

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:investmentbanken-die-deutsche-lehman-luege/551263.html> (30.10.2009)

Speicher-Utsch, Sarah/Kirchner, Christian (28.10.2009):

Pleiten, Pech und Zertifikate, Financial Times Deutschland,

<http://www.ftd.de/unternehmen/finanzdienstleister/:sal-oppenheims-niedergang-pleiten-pech-und-zertifikate/50029766.html> (30.10.2009)

Sondervotum 16/14000: Sondervotum der Berichterstatter der Fraktionen FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen:

http://blog.zeit.de/herdentrieb/files/2009/09/Sondervotum_der_Opposition_im_HRE-UA.pdf (30.10.2009)

Anmerkungen

(1) Bei kapitalmarktorientierten Unternehmen ebenso wie bei Staatsgebilden kann tatsächlich kaum noch eine Kredittilgung beobachtet werden, regelmäßig finden daher lediglich Umschuldungen statt. Sollte hingegen Fremdkapital irgendwann tatsächlich in größerem Umfang getilgt werden müssen, so ist dies stets gleichbedeutend mit dramatischen Schrumpfungsprozessen und mitunter auch mit der Liquidation des Unternehmens bzw. dem Staatsbankrott.

(2) Fisher Irving, S 140 f.

(3) Vgl. Kurtzman Joel (1993) S 61: „The dollar has become a circular argument”, said R. David Ranson, Oxford and University of Chicago-trained chief economist of Wainwright Economics in Boston. “It is still a promise to pay. But to pay what to whom?” That remains a vexing question to this day.”

(4) Vgl. Heinsohn Gunnar/Steiger Otto (2006) S 135: “Die Kapazität zur Geldschöpfung der Zentralbank ist also durch ihr Eigenkapital begrenzt. Allerdings kann selbst eine gut ausgestattete Notenbank für das Herankommen an diese Grenze ihre Geschäftspartner nicht zwingen, Schuldner zu werden. Entsprechend kann sie die Geldmenge *niemals exogen* bestimmen. Die *Bereitschaft* der zentralbankfähigen Geschäftsbanken, *Vermögen zu verpfänden*, also ihr Angebot an zentralbankfähigen Titeln, und nicht der Zins der Notenbank, liefert die wesentliche Restriktion der Geldschöpfung. Der Zins der Zentralbank sorgt allerdings dafür, daß die Summe des geschuldeten Geldes höher ist als die des geschaffenen, wodurch es für die Gesamtheit aller Schuldner automatisch knapp ist.“

(5) Vgl. Kurtzman Joel (1993), S 81: „For the Fed, creating money is easy enough. Basically, all it has to do is buy Treasury bonds through the New York Federal Reserve Bank, one of its twelve regional banks. When it buys these outstanding bonds, the Fed is putting money into circulation. It can do this by using the cash it has on hand or by issuing credits that are called Federal Reserve Notes, which we call “money”. These notes, which are issued in dollar denomination, are technically a form of debt, which is to say obligations to pay. But they are a very odd kind of debt. They have no redemption date. If the Federal Reserve wants to contract the money supply, it simply runs its machinery backwards. To do that, it sells the bonds it owns in the open market. When investors buy these bonds, they pay for them with money that is then taken out of circulation. As a result, the money supply contracts.”

(6) Vgl. Kurtzman Joel (1993), S 51: „So dramatic were the changes brought about by shutting the gold window that within a decade and half much of the pre-1971 financial system – banks, savings and loan institutions, and even the stock market, to name just three – had either failed, were shrinking, or were simply obsolete. The damage - \$500 billion lost by the savings and loan institutions and another \$100 billion or so lost by the banks – was due at least in part to the fact that these obsolete institutions were competing in a world

that had changed remarkably. Bailouts, sweeping legislative changes, and restrictions on new competition could not save them.”

(7) Kurtzman Joel (1993), S 78

(8) Kurtzman Joel (1993), S 79

(9) Siehe die Befragung von Fed Vice Chair Donald Kohn durch den Kongressabgeordneten Alan Grayson auf YouTube - <http://www.youtube.com/watch?v=Mj0JAFq4esk> (30.10.2009)

(10) Siehe die Befragung von Inspector General Elizabeth Coleman durch den Kongressabgeordneten Alan Grayson auf YouTube - <http://www.youtube.com/watch?v=cJqM2tFOxLQ> (30.10.2009)

(11) Vgl. Kurtzman Joel (1993), S 87: „According to Robert Brittan, an international economist at Salomon Brothers in New York who specializes in the dollar markets, there is no longer any way to measure how much money there is in the world. Nor is there really any way to define it.”

(12) Vgl. Huber Joseph/Robertson James (2008), S 58: „Damit eine Zahlungseinheit ihren stabilen Wert behält, wird es neben anderen Maßnahmen immer erforderlich sein, dass sowohl ihre umlaufende Menge als auch ihre Umlaufgeschwindigkeit reguliert werden. Das ist bei Gewichts- und Maßeinheiten niemals der Fall. ... Es ist eine sehr wichtige und dringende Frage, wie monetäre Kontrolle in einer Welt überhaupt noch ausgeübt werden kann, in der Geld zu einer elektronischen Information geworden ist, die blitzschnell übertragen und immer komplexer verarbeitet werden kann. Uns scheint, dass diese Frage den Bedarf nach einer Reform der Geldschöpfung nicht verringert, sondern im Gegenteil erhöht.”

(13) Zur Forderung nach einer „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ als vierter Staatsgewalt („Monetative“) siehe auch <http://www.monetative.org/> (30.10.2009)

(14) Vgl. Huber Joseph/Robertson James (2008), S 40 ff.: „In solchen Prozessen verhalten sich Geschäftsbanken als gewinnorientierte Unternehmen natürlich prozyklisch und nicht antizyklisch. In Zeiten des Aufschwungs vergeben sie mehr Kredite, in Zeiten des Abschwungs weniger. ... Solche konjunkturellen Übertreibungen haben schädliche wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. ... Wenn Banken in Schwierigkeiten aus der Patsche geholfen wird, werden Risiken, Verluste und Schulden von den Steuerzahlern übernommen. Die Profite von Banken bleiben aber weiterhin private Profite.”

(15) Zu den nachfolgenden Ausführungen vgl. Black William K.

(16) Nicht zuletzt deshalb wurde der Fair Value als Werbmaßstab der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS auch von den namhaftesten Bilanzrechtsexperten Deutschlands im Rahmen der eigens gegründeten „Saarbrücker Initiative gegen den Fair Value“ entschieden abgelehnt, vgl. Bieg Hartmut/Bofinger Peter/Küting Karlheinz/Kußmaul Heinz/Waschbusch Gerd/Weber Claus-Peter (2008).

(17) Vgl. Heinsohn Gunnar/Steiger Otto (2006) S 144 f.: „Staatstitel können Titel selbst größter Unternehmen schlagen, weil sie wie verbriefte zukünftige Steuerforderungen mit dem Vermögen aller Bürger unterfüttert sind. ... Man könnte also sagen, daß die wichtigste Eigentumspotenz des Staates in seiner Steuerhoheit besteht, die gerade dadurch definiert ist, daß er in das Eigentum der Bürger eingreifen darf.“

(18) Vgl. zu den nachfolgenden Ausführungen Sondervotum 16/14000.

(19) Sondervotum 16/14000, S 363

(20) Sondervotum 16/14000, S 363 f.

(21) Sondervotum 16/14000, S 365

(22) Müller, Leo (10.08.2009)

(23) Müller, Leo (10.08.2009)

(24) Sondervotum 16/14000, S 366

(25) Sondervotum 16/14000, S 366

(26) Sondervotum 16/14000, S 367

(27) Sondervotum 16/14000, S 368

(28) Sondervotum 16/14000, S 368

(29) Sondervotum 16/14000, S 369

- (30) Sondervotum 16/14000, S 371
- (31) Sondervotum 16/14000, S 374 f.
- (32) Sondervotum 16/14000, S 376
- (33) Sondervotum 16/14000, S 384
- (34) Sondervorum 16/14000, S 385
- (35) Speicher-Utsch, Sarah/Kirchner, Christian (28.10.2009)
- (36) Siehe zu diesem Ereignis insb. Lowenstein, Roger (2000)
- (37) Peemöller Volker H./Hofmann Stefan (2005), S 80 f.
- (38) Peemöller Volker H./Hofmann Stefan (2005), S 81
- (39) Peemöller Volker H./Hofmann Stefan (2005), S 122 ff.
- (40) Sikka Prem (2009), pp. 869
- (41) Sikka Prem (2009), pp. 870
- (42) Zur gravierenden Kritik am „fragwürdigen Geschäftsmodell der Wirtschaftsprüfer“ siehe Hörmann Franz in Haeseler Herbert R./Hörmann Franz (Hrsg.) (2009), S 60 f.
- (43) „The auditing firms are capitalist enterprises and are dependent upon companies and their directors for income. The fee dependency impairs claims of independence and has the capacity to silence auditors (...). It poses fundamental questions about the private sector model of auditing which expects one set of capitalist entrepreneurs (auditors) to regulate another set of capitalist entrepreneurs (company directors).” Sikka Prem (2009), p. 872
- (44) „Lassen Sie uns die Ereignisse des Jahres 2002 betrachten. Sie können als anstößiges Verhalten einzelner Manager, Prüfer, *Directors*, Anwälte, Investment-Banker, Banker, Politiker usw. angesehen werden. Sie können aber auch als eine Kette miteinander in Ver-

bindung stehender Ereignisse betrachtet werden, deren Ursache eine schlechte Politik ist. Das letzte Viertel des vergangenen Jahrhunderts war gekennzeichnet durch ein Anziehen des Wettbewerbs auf dem Prüfungsmarkt, die Durchsetzung marktbeherrschender Bilanzierungsgrundsätze und einen wachsenden Anteil leistungsbezogener Vergütung bei der Entlohnung der Führungskräfte in den Unternehmen. Der Markt für Prüfungsleistungen versagte, gerade als die Informationskanäle für Finanzberichterstattung sich verengten, und diese Berichte mussten zusätzlich auch noch hohe Entlohnungen für diejenigen verkraften, die sie erstellt hatten. Bei einer intensiven nachträglichen Betrachtung scheint es erstaunlich, dass das System nicht früher zusammenbrach.“ Sunder Shyam (2003), S 147

(45) Die völlig inakzeptable Kosten-/Nutzenrelation der Sarbanes-Oxley-Gesetzgebung zeigen eindrucksvoll Butler Henry N./Ribstein Larry E. (2006)

(46) Entsprechende Untersuchungen liegen z.B. von De Vay Debra L. (2006) vor.

(47) Vgl. etwa Zack Gerard M. (2009), p. 47: „Fraud Risk No. 4.1.: ... A debt security being misclassified as held-to-maturity when in fact management no longer intends to hold the security to maturity or considers it to be available for sale in response to changes in the market conditions.“

(48) Vgl. Grass Doris (23.10.2009)

(49) Vgl. Hoppenberger Günther (9.02.2009)

(50) Vgl. Frühauf Markus (27.04.2009)

(51) Vgl. Bräuer Sebastian (27.05.2009)

(52) Vgl. Hilgert Heinz (21.10.2009)

(53) Vgl. zu dieser spannenden Problemstellung Galbraith John K. (2005)

(54) Wie z.B. von Huber Joseph/Robertson James (2008) gefordert.